



Detailansicht des Registereintrags

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG e.V.)

Stand vom 19.05.2025 15:22:24 bis 30.06.2025 15:47:03

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000399
Ersteintrag:	10.02.2022
Letzte Änderung:	19.05.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: UOKG e.V. Ruschestraße 103 Haus 1 10365 Berlin Deutschland
	Telefonnummer: +493055779351
	E-Mail-Adressen: info@uokg.de s.czech@uokg.de
	Webseiten: www.uokg.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

0,22

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dieter Dombrowski

Funktion: Vorsitzender

2. Christoph Fichtmüller

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

3. Carla Ottmann

Funktion: Stellvertretende Vorsitzende

4. Inge Bennewitz

Funktion: Mitglied des Vorstands

5. Konstanze Helber

Funktion: Mitglied des Vorstands

6. Felix Holtschke

Funktion: Mitglied des Vorstands

7. Sybille Krägel

Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. Sandra Czech

2. Dieter Dombrowski

Gesamtzahl der Mitglieder:

146 Mitglieder am 21.06.2024, davon:

110 natürliche Personen

36 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Internationale Assoziation ehemaliger politisch Verfolgter und Opfer des Kommunismus e. V.
2. Platform of European Memory and Conscience

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (1):

Aufarbeitung SED-Unrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Durch direkte Anschreiben oder Positionspapiere wird unmittelbar der Kontakt mit Politikerinnen und Politikern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gesucht. Im Schwerpunkt wird die Interessenvertretung ausgeübt, um angesichts der außergewöhnlichen aktuellen Herausforderungen eine Verbesserung der Lebensverhältnisse von Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft zu erreichen. Zudem werden Austausch- und Informationsveranstaltungen organisiert, zu denen auch Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden, um diesen unsere Positionen zu erläutern und ggf. überzeugen.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Novellierung der SED-Unrechtbereinigungsgesetze

Beschreibung:

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Thema „Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ erarbeitete die UOKG eine Stellungnahme.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12789 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Sechstes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR (Vorgang)

Interessenbereiche:

Aufarbeitung SED-Unrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406210063 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. Bundesbeauftragte für Kultur und Medien

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bundeskanzleramt

Betrag: 640.001 bis 650.000 Euro

Projektförderung für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle

Projektförderung Bundesweiter Frauenkongress Halle-Saale

Projektförderung für eine Vorstudie DDR-Zwangarbeit

2. Berliner Aufarbeitungsbeauftragter (BAB)

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berliner Senat

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

öffentliche Förderung

3. Bundesstiftung Aufarbeitung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin; Kronenstraße 5

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Projektförderung Tagungsveranstaltung Jugendhäuser

Projektförderung internationale Zusammenarbeit der Opfer

Projektförderung Jugend erinnert! - Webportal DDR-Zwangarbeit

4. Thüringische Staatskanzlei

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Erfurt

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Projektförderung Tagungsveranstaltung Jugendhäuser

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[UOKG-Finanzbericht-2023-fuer-Transparenzregister.pdf](#)